

BUNDESGERICHTSHOF

IX K 425/69

BESCHLUSS

in der Entschädigungsache

**Dora E. [REDACTED] geb. [REDACTED],
[REDACTED], [REDACTED]straße [REDACTED],**

Klägerin und Beschwerdeführerin,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt [REDACTED] [REDACTED] -

gegen

**Land Rheinland - Pfalz,
vertreten durch den Leiter des Landesamts für Wiedergutmachung und verwaltete Vermögen, Mainz, Alleeplatz 4,**

Beklagten und Beschwerdegegner

-- 3 --

war die Klagerin nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen nicht ausgesetzt. Selbst wenn sie wegen ihrer jüdischen Abstammung durch die ungarischen Behörden verfolgt worden sein sollte, handelte es sich hierbei nicht um nationalsozialistische Verfolgungsmaßnahmen. Maßnahmen souveräner ausländischer Regierungen sind keine nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen im Sinne von § 2 Abs 2 (BVG Nr 1963, 358). Das Berufungsgericht hat festgestellt, daß Ungarn bis zur deutschen Besetzung im März 1944 ein unabhängiger Staat war. Hieran ist das Revisionsgericht gebunden. Auch das Bundesentschiedungsgesetz geht in § 43 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 davon aus, daß vor dem 6. April 1941 eine deutsche Veranlassung bei der Inhaftierung von Juden in Ungarn nicht in Betracht kommt.

Hinweis: Auch Teile der Urteilsammlung sind als Dasebook nach § 872a F. 10AG geschützt.



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos
Über 200 Gesetze (mobile App)
Über 100.000 Urteile



JLaw – für Android



JLaw – für iOS

- 4 -

Da auch sonst keine Gründe für die Zulassung der Revision vorliegen (§ 219 Abs. 2 StGB), wird die sofortige Beschwerde zurückgewiesen.

Hai

Born